



Prof. Dr. Norman Paech

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kreuzweg 7, 20099 Hamburg

☎ (040) 280 – 56546

📠 (040) 280 – 56547

✉ norman.paech@wk.bundestag.de

Pressemitteilung

Innensenator Nagel greift zu Polizeistaatsmethoden und missachtet das Deeskalationsgebot des Bundesverfassungsgerichts

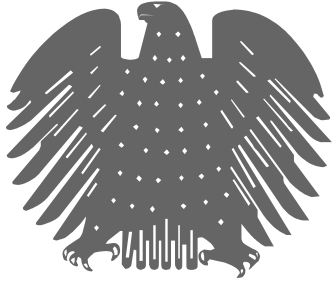
Mit einem martialischen Polizeiaufgebot von mehreren tausend PolizistInnen wurde die friedliche und pluralistische Demonstration von über 6.000 GlobalisierungskritikerInnen gegen den ASEM-Gipfel der Außenminister in Hamburg von Anfang mit einem Wanderkessel begleitet. Das Einsatzkonzept der Polizei war nicht nur ein Angriff auf die Grundrechte der DemonstrantInnen, sondern insbesondere auf die Prinzipien des demokratischen Rechtsstaates, auf die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sowie das Recht auf körperliche Unversehrtheit.

Zu Beginn der Demonstration wurden die VersammlungsteilnehmerInnen durch Vorfeldkontrollen und Observationen stigmatisiert, von einem vierreihigen Wanderkessel der Polizeieinheiten eingeschnürt und einzelne DemonstrantInnen im Verlauf der Demonstration gezielt mit Schlagstöcken attackiert und provoziert.

Das Deeskalationsgebot des Bundesverfassungsgerichts (Brokdorf-Urteil) richtet sich aber nicht nur an die VersammlungsteilnehmerInnen, sondern auch an die Polizei und die politische Führung.

Durch das wiederholte plötzliche Aufstoppen der Demonstration aufgrund vermeintlicher Auflagenverstöße im hinteren Teil der Demonstration entwickelte die Polizeieinsatzleitung - wie nach einem Drehbuch - die bekannten und gewollten Aufschaukelungsprozesse. Die körperliche Gewalt ging eindeutig von den Polizisten aus, die willkürlich auf DemonstrantInnen einschlugen und brutale Festnahmen inszenierten.

Das Verhältnismäßigkeitsprinzip und das Deeskalationsgebot verbieten es der Polizei, vermeintliche Ordnungswidrigkeiten einzelner DemonstrantInnen bis in die Mitte des Demonstrationszuges hinein mit dem Schlagstock zu verfolgen und damit die gesamte Versammlung zu eskalieren.



Prof. Dr. Norman Paech

Mitglied des Deutschen Bundestages

Kreuzweg 7, 20099 Hamburg

☎ (040) 280 – 56546

📠 (040) 280 – 56547

✉ norman.paech@wk.bundestag.de

Pressemitteilung

Es ist nur der Besonnenheit der DemonstrantInnen zu verdanken, dass die gesamte Demonstration von Anfang bis Ende trotz der vielfältigen Provokationen der Polizei (z.B. Sperrung des Weges Richtung Landungsbrücken durch Polizeikette und Wasserwerfer) gewaltfrei verlaufen ist.

Vor dem Hintergrund der politischen und polizeilichen Eskalationsstrategie der Innenbehörde hatte sich die Versammlungsleitungsleitung am Rödingsmarkt entschlossen, die Demonstration aufzulösen, um einen geordneten und friedlichen Abzug der DemonstrantInnen zu ermöglichen. Die Auflösung der Demonstration erfolgte im Interesse aller VersammlungsteilnehmerInnen, die sich dort sieben Wasserwerfern, mehreren gepanzerten Räumfahrzeugen, tausenden PolizistInnen sowie aggressiven Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten gegenüber sahen, die abziehende DemonstrantInnen wiederholt in die Demonstration hineingestoßen haben.

Die Einsatzleitung der Polizei entschloss sich nach der Beendigung der Demonstration dazu, die DemonstrantInnen stationär auf der Brücke der Ludwig-Erhard Strasse einzukesseln und auf einzelne DemonstrantInnen brutal einzuprügeln. Diese Strategie der Eskalation macht Innensenator Udo Nagel allmählich untragbar für diese Stadt. Sein Konzept der „Null-Toleranz“ verkehrt friedliches Demonstrieren, wie es bis zur Beendigung der Demonstration durch die Versammlungsleitung gezeigt wurde, in sein Gegenteil und attackiert das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit aller Menschen in der Stadt.

Vergleichbare Aufschaukelungsprozesse, die maßgeblich von der Polizei inszeniert werden, haben in Genua zum Tode eines Demonstranten geführt. Es ist deshalb unabdingbar, dass Innenbehörde und Polizei die Grund- und Menschenrechte in Hamburg gewährleisten und das Deeskalationsgebot des Bundesverfassungsgerichtes befolgen.

Für Rückfragen steht Ihnen auch der Versammlungsleiter der Demonstration und Mitarbeiter meines Wahlkreisbüros, Herr Bela Rogalla, unter Tel. 0170-288 65 07 gerne zur Verfügung.